



MEIN 2030
WOLFGANG WINKLER
Schauspieler in Halle.

Spiellust, Kraft und Mut

Im Jahr 2030 wäre ich 87 Jahre alt. Da wäre ich zuerst einmal froh, wenn ich das überhaupt erlebe. Ein Schauspieler geht ja aufgrund seiner Lust, zu spielen, eigentlich nie in Rente. Also wünsche ich mir, dass ich - sozusagen im Erlebensfall - noch die Lust und die Kraft habe, zu spielen. Aber besser wäre es wohl, man schaut zu, was die nachgewachsene Generation dann so auf der Bühne treibt.

Insgesamt schaue ich allerdings nicht gerade rosig in die Welt und auf die Zukunft im Jahr 2030. Es ist ja eine Unverschämtheit, wie Manager Riesenmengen von Geld hin- und herschieben können, das ihnen nicht gehört, und damit horrenden Gehälter „verdienen“, ohne nachhaltig irgendwelche wirklichen Werte zu schaffen. Das ist eine Perversion und ich hoffe, dass die Menschheit die Einsicht hat, dass dies nicht der Sinn des Lebens sein kann, auf Kosten der Allgemeinheit zu zocken. Es wäre für mich ein großes Glücksgefühl, wenn man 2030 sagen könnte, dass die Menschheit da Vernunft angenommen hat. Das Geld, das die Gierköpfe scheffeln, sollten besser die bekommen, die Erfindungen machen, welche die begrenzten Ressourcen der Erde und die Natur schonen.

Für meine unmittelbare Lebenssituation mit 87 wäre es für mich ein furchtbarer Gedanke, wenn mich im Falle von Gebrechen ein Angehöriger pflegen sollte, der dadurch sein eigenes Leben drastisch beschränken müsste. Da gibt es ja schließlich Leute, die dafür ausgebildet worden sind. Wenn dann etwa durch Krankheit oder Alter die Persönlichkeit und der Körper sehr stark verliert, wünsche ich mir die Charakterstärke, tschüss zu sagen. Dann würde ich, obwohl ich sehr am Leben hänge, gerne meine Familie und Freunde zusammenholen, Abschied nehmen und dann abtreten. Das ist zwar ein theoretischer, aber wunderbarer Gedanke.



MZ-SERIE

Lebenswandel

Mehr Lebenszeit, weniger Kinder, neue Aufgaben - wie Sachsen-Anhalt sich verändert

Thema heute:
Fluch oder Segen?
Morgen: Salzlandkreis verändert sich

Sachsen-Anhalt wird bis zum Jahr 2025 knapp 20 Prozent seiner Einwohner verlieren. Die Bevölkerung wird zudem älter. Welche Folgen hat das für unser Land? Das beleuchtet die neue MZ-Serie. Den Auftakt bildet das Interview mit dem Demografie-Experten Klaus Friedrich.

Die Serie im Netz und viele Zusatzinformationen unter: www.mz-web.de/lebenswandel

Schreiben Sie uns: Wie sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts? Wie möchten Sie selbst im Jahr 2030 leben?
Mitteldeutsche Zeitung, 06075 Halle, Stichwort: Lebenswandel oder per Mail an: redaktion.leserbriefe@mz-web.de

„Es gibt viele Mythen“

MZ-SERIE TEIL 1 Demografie-Forscher Friedrich über Abwanderung, junge Frauen und Dorfläden

HALLE/MZ - Wenn Sachsen-Anhalt einen Demografie-Papst hat, dann ist es Klaus Friedrich. Der Professor für Sozialgeographie an der Uni Halle ist Vorsitzender der Lenkungsgruppe des Expertenkreises „Demografischer Wandel in Sachsen-Anhalt“. Mit ihm sprachen unsere Redakteure Bärbel Böttcher und Alexander Schierholz.

Demografischer Wandel - das klingt so bedrohlich. Müssen wir davor Angst haben?

Friedrich: Wenn wir nicht reagieren, dann wird es bedrohlich. Dann wird beispielsweise in bestimmten Regionen die Infrastruktur wegbrechen, Sozialleistungen werden nicht mehr bezahlbar sein und Fachkräfte fehlen. Wir werden zunehmend Wohnungsleerstände haben, wir werden den Pflegebedarf nicht mehr decken können.

Und immer mehr junge Leute kehren dem Land den Rücken...

Friedrich: Das ist ein Mythos. Die Abwanderung wird in ihrer Wirkung überschätzt. Für Ostdeutschland ist das vor allem in den 1990er Jahren ein Problem gewesen. Damals gingen die jungen und qualifizierten Leute in den Westen. Heute aber spielt die Ost-West-Wanderung praktisch keine Rolle mehr im Bevölkerungsverhältnis. Wir haben in Studien festgestellt, dass junge Ostdeutsche sogar noch seltener wandern als junge Westdeutsche. Aber wenn sie weggehen, dann integrieren sie sich sehr stark im Westen. Und wenn sie dort erfolgreich sind, haben sie gar kein Interesse daran zurückzukommen - höchstens dann, wenn sie das Gleiche verdienen wie im Westen.

Ministerpräsident Reiner Haseloff wirbt unter Verweis auf den Fachkräftemangel seit einiger Zeit stark um Rückkehrer.

Friedrich: Nein. Es ist kein guter Weg, den die Landesregierung da einschlägt. Wenn er sagt, wir brauchen euch irgendwann in der Zukunft, kommt dann zurück, das wäre in Ordnung. Aber derzeit haben wir gar keine Möglichkeit, Massen von Rückkehrern adäquat zu beschäftigen.

Heißt das, der vielbeschworene Fachkräftemangel existiert gar nicht?

Friedrich: Das ist die Gretchenfrage. Fachkräftemangel fängt in ganz bestimmten Branchen an, in der Chemie zum Beispiel. Das Problem ist aber lösbar, indem man das vorhandene Potenzial nutzt. Also ältere Arbeitnehmer weiterbildet oder wieder in die Firmen holt. Das wäre der richtige Weg.

Wenn Abwanderung überschätzt wird in ihrer Wirkung, was ist dann das große Problem?

Friedrich: Die Spätfolgen des Geburtenrückgangs nach der Wende. Damals haben sich die Geburtenraten halbiert, sind sogar noch stärker zurückgegangen, weit unter das Westniveau. Das wirkt nach. Die Elterngeneration ist heute nur noch halb so groß wie zur Zeit der deutschen Vereinigung. Das ist dramatisch. Familiengründung basiert auf jungen Leuten. Wenn die nur noch zur Hälfte da sind, können die Wohnungsunternehmen ihre Wohnungen nicht mehr vermieten, die MZ kann nicht mehr so viele Zeitungen verkaufen und so weiter.

Es heißt immer, gerade junge gebildete Frauen gehen weg. Verschärft das nicht noch das Problem des Geburtenrückgangs?

Friedrich: Diese Mär haben wir lange geglaubt. Das ist auch so ein Mythos. Wir haben uns über einen Zeitraum von 20 Jahren die Zahlen angeschaut: Es wandern nicht



Professor Klaus Friedrich: Wir leiden unter den Spätfolgen des Geburteneinbruchs nach der Wende.



FOTO: ANDREAS STEDTLER

mehr junge Frauen ab als Männer, aber es ziehen mehr Männer in die neuen Länder, deshalb dieses Ungleichgewicht in der Wanderungsbilanz. Was bisher zudem völlig vernachlässigt worden ist, ist die Binnenwanderung innerhalb Ostdeutschlands. Junge Frauen gehen überproportional häufig aus strukturschwachen ländlichen Regionen in die Kleinstädte und in die Großstädte, weil sie dort bessere berufliche Chancen haben oder studieren können.

Kann man ihnen das verdienen?

Friedrich: Nein. Mit jeder Wanderung steigt die Qualität. Damit ist ein sozialer Aufstieg verbunden, das zeigen Langzeitstudien. Es ist gut, wenn junge Menschen wandern. In modernen Gesellschaften ist das ein normaler Prozess.

Ist das der Grund dafür, dass in Halle und Magdeburg die Einwohnerzahlen in den vergangenen beiden Jahren sogar leicht gestiegen sind, im Gegensatz zum Rest des Landes?

Friedrich: Ja, das ist sicherlich ein Grund. Der Einwohnerzuwachs ist aber auch der Tatsache geschuldet, dass das Umland die inzwischen erwachsenen Kinder abgibt an die Städte. Das ist aber keine Re-Urbanisierung. Es kann keine Rede davon sein, dass die Städte boomen.

Welche Chance haben ländliche Gebiete, aus denen man nicht in einer Stunde in der Großstadt ist oder in westdeutschen Ballungsräumen?

Friedrich: Die Menschen in strukturschwachen Regionen hatten es immer schon schwerer als in urbanen Zentren. Wer sich bewusst für einen ländlichen Wohnstandort entschieden hat, der genießt Vorteile wie Naturnähe, geringere ökologische Belastungen und geringere Lebenshaltungskosten. Aber er muss auch gewisse Nachteile akzeptieren, zum Beispiel weite Wege. Deshalb halte ich den im Grundgesetz verankerten Anspruch, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sichern, für problematisch, zumindest in dünn besiedelten Räumen. Wenn solche Gebiete sich weiterhin entleeren, werden wir es nicht schaffen, dort die gleiche Infrastruktur aufrechtzuerhalten wie in Ballungszentren.

Was heißt das konkret?

Friedrich: Wir müssen in solchen Regionen die öffentliche Infra-

struktur auf die Zentren konzentrieren und gute Verbindungen in die Dörfer schaffen. Wo nur noch wenige Menschen wohnen, können wir zum Beispiel die Abwasserentsorgung auf Dauer nicht auf dem Niveau sichern wie in der Stadt. Dann würden die Kosten steigen. Überdimensionierte Entsorgungsmodele werden nicht mehr funktionieren.

Weil die Fixkosten solcher Anlagen gleichbleiben...

Friedrich: Genau. Die machen bis zu 80 Prozent aus, das wäre nicht mehr bezahlbar.

Was wäre denn die Alternative dafür?

Friedrich: Dezentrale Lösungen wie zum Beispiel Teich-Kläranlagen für jedes Dorf ohne riesige Leitungen, die nicht ausgelastet sind. Das ist lösbar. Lebensqualität lässt sich nicht nur an Infrastruktur messen. Wichtig ist, dass die Leute weiterhin am Leben teilhaben können, dass Ärzte und Krankenhäuser vernünftig erreichbar sind. Deswegen müssen wir das Straßennetz und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen.

Welche Rolle spielt da bürgerschaftliches Engagement? Eltern, die eine freie Schule gründen. Leute, die sich

zu einer Genossenschaft zusammenschließen, um einen Dorfladen zu eröffnen. Ein ehrenamtlich betriebener Bürgerbus - sind das Modelle, die Zukunft haben in dünn besiedelten Regionen?

Friedrich: Ich würde sagen ja. Wenn die Leute bereit sind, einen Euro mehr zu bezahlen für ihre Lebensmittel, dann könnte das funktionieren mit dem Dorfladen. Es wäre auch schon ein Riesengewinn, wenn sich zwei, drei Dörfer zusammenschließen und man im Nachbardorf einkaufen könnte statt in die Stadt zu müssen. Ich denke, da würden sich auch ältere Menschen gerne engagieren. Warum sollte der, der rüstig ist, nicht beim Verkauf helfen oder auch dreimal am Tag den Bürgerbus steuern? Wir dürfen nicht immer nur warten, dass der Staat es richtet.

Was können rüstige Ältere denn noch - außer ihre Nachbarn zum Einkaufen fahren?

Friedrich: Sie sind nicht nur die Kostenträger, als die sie häufig lediglich angesehen werden. Sie haben Erfahrung, die leider lange Zeit in den Betrieben nicht genutzt worden ist. Ältere sind viel zu früh entlassen worden. Da fängt man jetzt langsam an umzudenken. Zudem bergen ältere Menschen ein

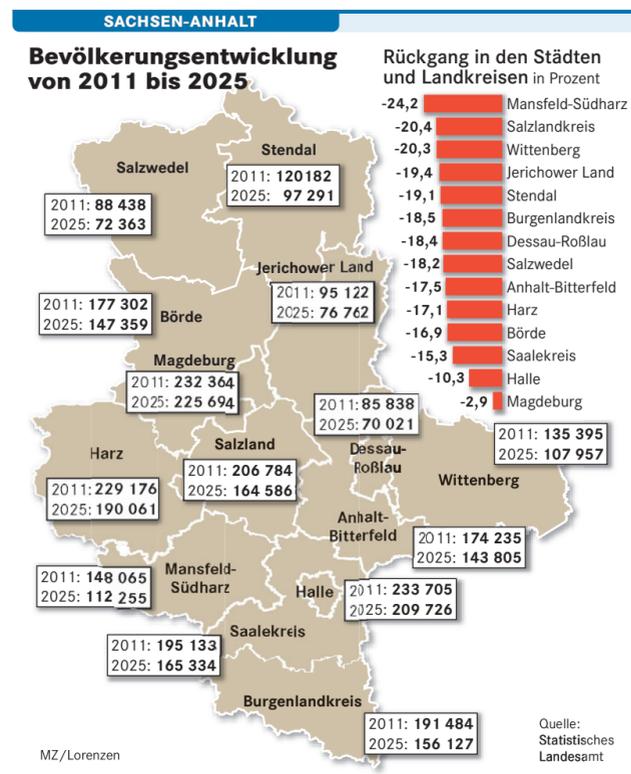
großes wirtschaftliches Potenzial. Viele Branchen, denken Sie an den Gesundheitsmarkt, sind davon abhängig, dass Ältere zu Kunden werden. Darüber hinaus geben sie der Gesellschaft eine ganze Menge. Wir bräuchten weitaus mehr Pflegeheime, wenn nicht so viele Menschen in den Familien gepflegt würden, oft von älteren Frauen und Männern, die jeweils den Partner pflegen. Das ist bürgerschaftliches Engagement.

Und wie sieht das mit der Politik aus? Reagiert die auf den Wandel entsprechend?

Friedrich: Ich denke ja. Die Landesregierung bezeichnet den demografischen Wandel als die größte Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Das zeigt, das Problem-bewusstsein ist vorhanden. Beim Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr gibt es eine Stabsstelle demografische Entwicklung. Das Wissenschaftsministerium hat mit mehreren Millionen Euro 17 Projekte zum Thema gefördert, die im wesentlichen von Wissenschaftlern aus dem Land betreut werden. Dies stärkt unser Wissen um die Probleme und liefert Lösungsansätze, erhöht also die Rationalität im Handeln der Planungsverantwortlichen. Zudem gibt es im Lande eine Demografie-Allianz und zahlreiche themenbezogene Konferenzen.

Wo sehen Sie Sachsen-Anhalt im Jahr 2030?

Friedrich: Wenn wir den Prognosen folgen, wird das Land dann unter die Grenze von zwei Millionen Einwohnern gerutscht sein. Das sehe ich nicht als dramatisch an. Sachsen-Anhalt ist dann auf einem guten Weg, wenn die Großstädte und die Mittelzentren, also die Kreisstädte, sich stabilisieren und auf die Region ausstrahlen können. Den ländlichen Raum müssen wir nicht „den Wölfen“ überlassen, aber gerade dort wird eine stärkere Konzentration auf zentrale Orte und kleinere Zentren notwendig sein. Wir haben damit Erfahrungen in Ostessen gemacht. Das war mal Hessens Armenhaus. In den 1960er und -70er Jahren hat dort jedes Dorf ein Dorfgemeinschaftshaus und ein Hallenbad unter dem Motto „Hessen vorn“ bekommen. Später konnte diese nach den Gießkannenprinzip verteilte Infrastruktur niemand mehr bezahlen. Die Orte ächzten unter den finanziellen Lasten. Das spätere Umdenken und die vorrangige Förderung von Zentralen Orten hat Ostessen und das Oberzentrum Fulda aus der Stagnation geführt.



MZ/Lorenzen

Quelle: Statistisches Landesamt